

Dresdner Nachrichten

Segründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Post monatlich RM. 2.50, durch Postbezugs RM. 3.00 einjähr. 31 Kpl. Vorbest. (ohne Postzusatz) bei fünfmal wöchentlich. Einzel-Nr. 10 Kpl., außer bei Sachsend mit Morgen-Ausgabe 15 Kpl.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 18/22, Fernruf 2521. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebesamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Verzeichnis Nr. 4: Werbungsstelle (20 mm breit) 11,5 Kpl. Nachträge nach Stelle lt. B. Werbungsstellen u. Stellungsstelle 11,5 Kpl. — Nachdruck nur mit Quellenangabe. Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eden: Hitlers Vorschläge höchst bedeutsam Englands Außenminister zum deutschen Friedensplan

London, 3. April.

Vor vollbesetztem Hause und in Anwesenheit fast der gesamten Regierung gab Außenminister Eden am Freitagvormittag die angekündigte Erklärung über den deutschen Friedensplan, den er als „höchst bedeutsam“ bezeichnete, und über die Generalstabsbesprechungen ab.

Die Ereignisse der letzten Tage, führte Eden aus, zerfallen in zwei Teile. Der erste Teil bezieht sich auf die Mitteilungen der deutschen Regierung vom 1. April an die britische Regierung, der zweite Teil auf die zwischen der britischen, der französischen und der belgischen Regierung ausgetauschten Mitteilungen über das Weltbuch vom 10. März. Nach einem kurzen Hinweis auf den Besuch des Vorkämpfers u. Ribbentrop anlässlich der Ueberreichung der deutschen Antwort fuhr Eden fort:

Gestern habe ich eine weitere Unterredung mit dem deutschen Vertreter, in der ich Herrn v. Ribbentrop mitteilte, daß die britische Regierung, obwohl sie bisher nur Zeit für ein Wort reserviert hatte, die letzten Vorschläge Hitlers als höchst bedeutsam ansehe und daß sie eine sorgfältige Prüfung verdienen, der ich sie jetzt zu unterziehen beabsichtige.

Die unmittelbare Frage lautet, welcher Art der nächste Schritt sein soll. Es war klar, daß wir mit den anderen Regierungen in Verbindung treten müssen. Das bedarf einiger Zeit, und in der Tat glaubt die britische Regierung, daß in diesem Augenblick eine Pause wertvoll ist. (Beifall.) Ich betonte Herrn v. Ribbentrop gegenüber, daß unser Ziel in der gegenwärtigen Lage das selbe ist, das es von Anfang an gewesen ist, nämlich die Verhandlungen über eine ewigwährende Regelung in Gang zu halten zu versuchen.

Ich bat Herrn v. Ribbentrop, dem deutschen Kanzler zu versichern, daß die britische Regierung in dieser Hinsicht keine Bemühungen scheuen würde.

Gleichzeitig sagte ich mich verpflichtet, ihm gegenüber dar-

auf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung in Bezug auf den Uebertragungszeitraum, für den die britische Regierung besonders um einen Beitrag gebeten hatte, nicht in der Lage gewesen ist, uns entgegenzukommen. Infolgedessen bleibt die Schwierigkeit, in Europa eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, was eine wesentliche Vorbedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist, noch bestehen.

Der Außenminister wies in diesem Zusammenhang auf die Verpflichtungen hin, die England eingegangen sei, und erwähnte dabei besonders die Besprechungen zwischen den Generalstäben, die im Interesse dieser Verpflichtungen stattfinden sollen. (Beifall.) Es muß betont werden, so sagte er, daß sich diese Besprechungen nur auf die Zwischenperiode beziehen; sie werden einen rein technischen Charakter haben und unsere politischen Verpflichtungen nicht vermindern.

Vor der Unterhausdebatte hatte Vorkämpfer v. Ribbentrop am Freitagvormittag eine weitere kurze Unterredung mit dem englischen Außenminister Eden im Unterhaus.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meinte, daß die britische Regierung keinerlei Forderung der Französischen oder Belgischen Regierung nach Einberufung einer weiteren Konferenz der Vorkämpfer erhalten habe. Es sei wohl bekannt, daß Paris besondere Gründe habe, eine solche Konferenz zu wünschen. London sei jedoch der Ansicht, daß das ruhigere und intimere Verfahren eines Meinungsaustausches durch die Vorkämpfer den Erfordernissen des Augenblicks besser entspreche.

Paris will Gegenvorschläge machen

Eine ruhigeres Beurteilung greift Platz

Paris, 3. April.

Nach der ersten, wahrscheinlich etwas oberflächlichen Prüfung der deutschen Friedensvorschläge, die am Donnerstag in einer kurzen Versammlung und grundsätzlich ablehnenden Haltung der Pariser Presse führte, kann man heute eine wesentlich ruhigeren Beurteilung der Lage feststellen. Wenn sich auch nicht an der Auffassung geändert hat, daß die deutschen Gegenvorschläge in ihrer augenblicklichen Form unannehmbar (1) seien, so muß doch festgehalten werden, daß die Blätter wahrscheinlich unter dem Eindruck der Beschlüsse der Regierung und nicht zuletzt auch in Anbetracht der wesentlich günstigeren Aufnahme des deutschen Planes in London sich größerer Zurückhaltung befleißigen und die Lage sehr viel ruhiger betrachten.

Das Hauptaugenmerk der Blätter richtet sich heute auf die Zusammenkunft der Vorkämpfer, die nach französischer Ansicht am kommenden Mittwoch in Brüssel oder Paris stattfinden könnte, obgleich eine endgültige Antwort der englischen Regierung noch nicht vorliegt. Die Uebergabe des englischen Garantieversprechens an die Vorkämpfer Belgiens und Frankreichs hat außerdem nicht unwesentlich zu einer Entspannung beigetragen. Aus den Besprechungen, die der französische Außenminister am Donnerstag zunächst mit dem Ministerpräsidenten und später auch mit dem englischen Vorkämpfer in Paris hatte, wollen die Blätter den bestimmten Eindruck gewonnen haben,

daß die französische Regierung die deutschen Vorschläge, wobei zundweg ablehnen, noch annehmen werde.

Es sei vielmehr beschlossen worden, daß Llandin auf der geplanten Konferenz der Vorkämpfer die deutsche Denkschrift einer sehr ausführlichen Kritik unterziehen und eine Reihe von Gegenvorschlägen machen werde, die mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf der mittleren Linie zwischen den Forderungen der Vorkämpfer vom 11. März und der deutschen Antwort vom 31. März liegen dürften. Die französische Regierung, so heißt es, werde mit besonderem Nachdruck auf dem Abschluß von gegenseitigen Verbandsverträgen nicht nur im Westen Europas, sondern auch mit den anderen Nachbarn Deutschlands bestehen und im übrigen den Grundsatz der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes verteidigen.

Hollands Gegenerklärung fertiggestellt

Paris, 3. April.

Wie das „Journal“ berichtet, seien im Laufe der Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem französischen Außenminister Llandin bereits die großen Linien der Erklärung aufgestellt worden, die Frankreich gelegentlich der Zusammenkunft der Vorkämpfer abgeben werde. Diese Erklärung werde zwar auf eine Ablehnung der deutschen Vorschläge hinauslaufen, so wie sie augenblicklich abgefaßt seien, sie werde aber kommenden Verhandlungen die Tür nicht verschließen. Die Notwendigkeit dieser Verhandlungen wird auch vom „Petit Journal“ unterstrichen. Eine Weigerung, die deutschen Vorschläge

zu prüfen unter dem Vorwand, daß sie für Frankreich unannehmbar seien, sei nicht angängig.

Es sei leicht, zu sagen, diese Vorschläge seien unannehmbar und man müsse sie so bloß zurückweisen. Man müsse sich vor allem fragen, was werden solle, wenn Frankreich auf lange Sicht jede Fühlung mit Deutschland abbreche.

In der radikalsozialistischen „Republique“ fordert der ehemalige Generalsekretär der radikalsozialistischen Partei, Eduard Vaillant, die französische Regierung auf, unter keinen Umständen Verhandlungen abzubrechen und auf die deutschen Vorschläge einfach mit Nein zu antworten. Es würde den französischen Interessen widersprechen, wenn die französische Regierung dem Führer eine ablehnende Antwort geben würde. Die englische Presse fordere Paris schon jetzt auf, die deutschen Vorschläge zumindest als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Ein französisches Nein würde nur Nachteile haben. Frankreich würde sich von England entfernen und darüber hinaus die gesamte Weltöffentlichkeit verstimmen, die heute dem Eindruck habe, daß Hitler den Frieden wolle, während Frankreich sich ihm widersetze. Außerdem müsse berücksichtigt werden, daß eine Weigerung Frankreichs, zu verhandeln, dazu führen könne, daß England das Vorkämpferabkommen in Frage stelle, und das sei das Schlimmste, was Frankreich zulassen könne.

Englische Mißstimmung über die Haltung Frankreichs

Surehmendes Verständnis für Deutschland

London, 3. April.

Die Londoner Morgenblätter zeigen, daß das Verständnis für den deutschen Standpunkt in England im zunehmenden Maße ist. Das geht vor allem aus dem Eindruck hervor, den die überaus scharfe Ablehnung der deutschen Antwort durch Frankreich in London gemacht hat. Sämtliche Blätter, mit Ausnahme der „Morning Post“, lassen erkennen, daß sie die französische Haltung zwar verstehen, aber nicht billigen können.

Die „Times“ begründet in ihrem Leitartikel die dreiwöchige politische Pause, die Dr. Goebbels in Deutschland angekündigt habe, und erklärt, es gebe keine bessere Propaganda für den Frieden in diesem Augenblick. Was jetzt benötigt werde, sei Zeit für eine ruhige Erörterung und Prüfung des umfangreichen Materials, das auf dem Tisch liege.

Wenn man unter allen Umständen und für immer ablenken, daß es so etwas wie einen guten Willen Deutschlands gäbe, so könne dies nur zur Katastrophe führen. Wenn Deutschland sich angeboten haben würde, sich einer erniedrigenden Lage zu unterwerfen, um der Sache der Weltfriede der Vorkämpfer zu dienen, hätten die herabwürdigenden Kritiker immer noch der Welt versichern können, daß dies ein Wandez sei, um die britische öffentliche Meinung zu beeindrucken. Es sei in Wirklichkeit völlig unwesentlich, ob Hitlers letzte Bedingungen dazu berechnete seien, einen Eindruck in England zu machen. Wenn die britische öffentliche Meinung von ihnen beeindruckt werde, was sicherlich der Fall sei, so gelte

Erleichterungen für Existenzdarlehen

Berlin, 3. April.

Der Reichsinnenminister hat durch Runderlaß einige Erleichterungen für die Gewährung von Existenzdarlehen eingeführt.

Er hat die Präsidenten der Landesfinanzämter ermächtigt, ausnahmsweise Existenzdarlehen auch dann zu gewähren, wenn der Antrag wegen bisheriger Arbeitslosigkeit des Antragstellers erst nach der Beschließung, jedoch nicht länger als ein Jahr nach der Beschließung, gestellt worden ist. Das gleiche gilt, wenn der Antrag aus einem anderen Grunde kurze Zeit, jedoch nicht länger als einen Monat nach der Beschließung gestellt worden ist. Ebenso wird eine Ausnahme zugelassen, wenn ein nicht überwiegender Teil der gesetzlich geforderten Arbeitsunfähigkeit der Antragstellerin vor Beginn des im Gesetz vorgesehenen zweijährigen Zeitraumes liegt und die Antragstellerin ihre Arbeitsunfähigkeit aus zwingenden Gründen nicht weiter ausbauen konnte. Andere Anträge auf ausnahmsweise Gewährung von Darlehen müssen dem Minister vorgelegt werden. Gleichzeitig ist durch Verordnung des Reichsfinanzministers für die Unterfertigung der beiden künftigen Ehegatten und die Ausstellung der Zeugnisse durch die Gesundheitsämter eine Gebühr von 10 RM. eingeführt worden. Die Gebühr wird nur dann erhoben, wenn ein Existenzdarlehen gewährt wird. Bei Nichterhebung des Darlehens braucht sie nicht entrichtet zu werden. Die Gebühr wird bei der Ausbändigung der Bedarfsbedarfscheine vom Finanzamt einbehalten.

Der zweite Tag im Berliner U-Bahnprojekt

Berlin, 3. April.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage im Bauausschuss wurde als zweiter Angeklagter der 30-jährige Reichsbahnrat Wilhelm Weber vernommen. Er ist seit Februar 1935 bei der Reichsbahn tätig. Zur Zeit des Einberufungslaufs war er Vorstand des Neubausamtes 4, dem das Baugesetz in der Hermann-Göring-Strasse unterstand.

Weber hat die auf Grund der Ausschreibung des Bauauftrages eingeleiteten Angebote selbst geprüft und an der Erstellung des Zuschlages an die Berlinische Bauengesellschaft mitgewirkt, die das preismäßig günstigste Angebot abgegeben hatte. Die Frage des Vorliegenden, ob ihm bekannt sei, daß von Seiten eines Desertanten der Reichsbahndirektion Bedenken gegen die Heranziehung dieser Bauengesellschaft geltend gemacht worden seien, bejahte der Angeklagte. Es sei darauf hingewiesen worden, daß diese Bauengesellschaft eine Tochterfirma sei. Der mitangeklagte Direktor Hoffmann von der Berlinischen Bauengesellschaft habe versprochen, für einwandfreies Personal und einwandfreie Durchführung der Bauarbeiten zu sorgen. Davon, daß man zunächst im Bauabschnitt Tierstraße am Steintier Bahnhof mit dieser Firma nicht zufrieden gewesen sei, wisse er nichts.

Die Verhandlung wandte sich dann der Frage zu, welche Verantwortung der Angeklagte Weber und seine beiden Mitangeklagten von der Reichsbahn tragen. Als Bauamtsvorstand habe er die Ueberwachung und Leitung des Baues in der Hermann-Göring-Strasse gehabt. Bisher habe die Reichsbahn nur auf eigenem Gebiet gebaut, als Herr im eigenen Hause. Hier hätten die Dinge wesentlich anders gelegen. Er selbst habe nicht geglaubt, daß die Strasse unter den Linden und die Hermann-Göring-Strasse so verkehrsfähig und so verkehrsempfindlich seien. Er sei verantwortlich für die möglichst reibungslose Abwicklung der ganzen Bauarbeiten und für die Ueberwachung des Baues.

das nicht deswegen, weil die Engländer stärker geneigt seien als ihre Nachbarn, sich täuschen zu lassen.

Auf die Frage der Generalstabsbesprechungen übergehend, erklärt die „Times“, nach britischer Ansicht behände ihre einzige Aufgabe darin, die französischen Kriegsangelegenheiten zu besetzen, damit eine leidenschaftliche Erörterung der verschiedenen Mittel erfolgen könne, durch die die gegenwärtigen Schwierigkeiten zum gemeinsamen Nutzen entwirrt werden könnten. Dieser Wunsch Englands sei keine Hinderis für die Aufnahme von Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Ueberreinommens. Es sei sicher, daß der einzige praktische Weg für eine Prüfung der deutschen Versicherungen der sei, daß man sie annehme.

Wenig energisch wenden sich die „News Chronicle“ gegen Frankreich. Unter der Ueberschrift „Was will Frankreich eigentlich?“ weist das Blatt darauf hin, daß Frankreich seit Beginn des Krieges immer wieder versichert habe, daß es Sicherheit wünsche. Frankreichs Militärbindnisse im Osten hätten lediglich die Gefahr vermehrt, gegen die es sich zu schützen wünsche. Es sei ihm bisher nicht gelungen, die britischen Garantien zu erhalten, die es als ausreißend ansehe. Jetzt sei Frankreichs Gelegenheit gekommen. Indem Frankreich den deutschen Plan als Verhandlungsgrundlage annehme, könne es eine Lage schaffen, in der es wahrscheinlich die erwünschten Garantien eher erhalten würde als jemals seit Kriegsende oder jemals in Zukunft. Wenn das, was Hitler angeboten habe, nach Frankreichs Ansicht „phantastisch“ sei, wollten dann seine Staatsmänner vielleicht nicht zum mindesten erklären, was sie denn eigentlich antrieben hätte?